



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Friedensbedürfnis und Annexionsrufe.

Die Friedenssicherheiten.

Das Regierungsblatt Nordd. Allgem. Zeitung schreibt:

In dem Eigenlobung, der den Krieg des Dreierbundes gegen Deutschland begleitet, treten seit einiger Zeit auch Erwägungen über ein deutsches Friedensbedürfnis auf, die sich mehr und mehr äußern. Bald wird von einer englischen Aeußerung des Reichskanzlers über Deutschlands Eigenheit zum Friedensschluß gesprochen, worauf Grey durch Vermittlung Amerikas ein solches Antwort erteilt habe. Bald heißt es, der deutsche Vorkämpfer in Washington bemühe sich, Frieden für Deutschland zu erlangen. Die Neutralen sollen durch solche Ausführungen den Eindruck empfangen, das Deutsche Reich sei kampfsüchtig und werde sich wohl oder übel den Friedensbedingungen des Dreierbundes fügen müssen. Wir setzen diesem Gaußenspiel die Erklärung entgegen, daß unser deutsches Volk in dem ihm ruhmlos aufgesetzten Kampf die Waffen nicht eher niederlegen wird, bis die für seine Zukunft in der Welt erforderlichen Sicherheiten erstritten sind.

Wenn die Gegner die Lage so darstellen, als ob Deutschland genötigt wäre, um Frieden zu bitten, so ist das eine ganz lächerliche Umkehrung der Tatsachen in der Gegenwart. Auch würde Sir Edward Grey schwerlich auf ein deutsches Friedensangebot eine „solche Antwort“ erteilen, wenn er weiß, daß die Friedenspartei in England, die seine Kriegspolitik verurteilt, sehr hart ist. In dem Augenblick, in dem Deutschland die Hand zum Frieden hält und Grey sie zurückzieht, würde die englische öffentliche Meinung den kriegswidrigen Minister vorwiegend tadeln. Auf der andern Seite kann nicht die Rede davon sein, daß Deutschland genötigt wäre, sich den Friedensbedingungen des Dreierbundes wohl oder übel zu fügen. Sollte das richtig sein, so müßten die Franzosen wenigstens in Frankfurt und die Russen in Berlin stehen. Dahin ist es aber bekanntlich noch sehr weit!

Der Vorbereitung des wirklichen Friedens, der doch das Ende jedes Kriegs sein muß, wird durch die Ausprägung so unsinniger Gerüchte nicht gehindert. Eine Nacht, die im übrigen Vordringen gegen die Gegner begriffen ist, kann aus nothwendigen politischen Gründen Frieden schließen, noch ehe die letzten militärischen Möglichkeiten des Sieges erschöpft sind. Sie wird das vor allem dann tun, wenn ihre Politik darauf ausgeht, aus den Feinden von gestern Vandalen zu machen, die in Zukunft zu tödlichen Feinden werden. Als die Russen 1881 in Nikolajew standen, hinderte sie an dem weiteren Vormarsch nach Wien nichts als der flüchtige Entschluß, Wismars, den Krieg nicht bis zur Vertiefung der feindlichen Macht zu führen, sondern sich diese für die Zukunft als Verbündeten zu erhalten. Das war befohlenes Maßhalten, nicht Schwäche. Sollte über kurz oder lang im gegenwärtigen Kriege eine ähnliche Situation eintreten, so würde eine bewußte Umdeutung der vom Stärkeren gebotenen friedlichen Absichten den Friedensschluß aufs Heuchelste erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Schon darum ist die Verbreitung jener falschen Gerüchte, die doch tatsächlich nicht der Friedensvermittlung, sondern der Stimmungsmache für den Krieg dienen sollen, aufs schärfste zu verurteilen.

Die offizielle Erklärung sagt, daß das deutsche Volk die Waffen nicht eher niederlegen werde, „bis die für seine Zukunft in der Welt erforderlichen Sicherheiten erstritten sind“. Worin diese Sicherheiten bestehen sollen, wird nicht näher ausgeführt. Je nach der Kriegslage und nach den etwaigen Vorkäufen der Gegner werden die leitenden Stellen darüber befinden, ob diese Sicherheiten gegeben sind oder nicht. Ihre Entscheidung wird die Kritik des Volkes und der Weltöffentlichkeit zu bestehen haben. Einseitiges mag festzustellen sein, daß aus der Erklärung der Regierung nur Verheimlichungsabsicht spricht, nicht blinde Rücksicht und hemmungsloser Verhöhnungsdrang, die dem Wesen des deutschen Volkes fremd sind. Mit der Idee der faktischen Sicherung einmal erreicht und wird dann ein billiger Friede geschlossen, so wird die Regierung für diesen Friedensschluß in den breiten Massen der Bevölkerung eine sichere Stütze finden.

Die Aufteilung der Welt.

Auch der Professor der Philosophie Wilhelm Wundt hat in einem zu Leipzig gehaltenen Vortrage die Welt bereits aufgeteilt. Er will in dem für sich selbstverständlichen Falle des deutschen Sieges Frankreich schonen und ihm nur ein für allemal den Reichsgegenden streifen. Schlimmer soll es England d. ergeben, das nach Meinung des Prof. Wundt für einen kleinen Inselstaat allzu schwer an seinem kolonialen Besitz trägt.

Es wird uns reichlich zahlen müssen von dem, was es zu viel hat, wenn aus diesem Kriege eine gerechte Verteilung der kolonialen Auktuararbeit der Nationen hervorgehen soll.

Im übrigen können wir Großbritannien jener weiteren Entwicklung seiner Kolonialmacht überlassen, die John Burns, der es ehemaliger Minister Englands Zustände kennen muß, in Aussicht gestellt hat.

Auch Rußland muß sich genaltige Abstriche gefallen lassen, denn Buntstift ruft:

Das heutige Rußland muß in der Vereinigung mit den Deutschen und den anderen slavischen Ländern Oesterreichs den Schutz und die Freiheit finden, die die österröisch-ungarische Monarchie allen unter ihrem Geßel vereinigten Nationen zuteil werden läßt, und in diesem Kriege alle unter Oesterreichs Fahne zum beglückten Kampf gegen Rußland mit den Deutschen verbundenen Slaven dankbar bezeugen. Die Deutschen wollen, denen Rußland ihre Verdienste so schön belohnt hat, werden als gerechte Säule für die Mißhandlung, die sie erfahren, dem deutschen Mutterlande, dem das Herz der Völkern unter ihnen allezeit treu geschlagen ist, wieder aufgestellt werden.

Wir wissen nicht, ob es Herrn Prof. Wundt ganz klar ist, daß wir, wenn wir die deutschen Völkern in das Deutsche Reich einbeziehen, auch eine viel größere Zahl von Esten u. d. Letzten miteinbeziehen müßten, die für Deutschland unter Mißständen doch recht un bequem wohnen könnten. Aber ganz davon abgesehen, müßten wir es für besser halten, daß auch die Herren Professoren darauf verzichten, öffentlich Betrachtungen über die ihrer Ansicht nach „notwendigen Annexionen“ anzustellen. Denn einmal hat es für Leute von Geßinnung und Besonnenheit unter allen Umständen etwas peinliches, zuzusehen, wie das Volk des noch nicht erlegten Krieger verteilt wird, und zum andern muß die Darlegung der Pläne der Annexionspolitik die Gegner vor neuen Wehklagen veranlassen, ihre abweisende Meinung zu äußern. Die Reichsleitung müßte eine Polemik über „territoriale Machterweiterung“ gegenwärtig nicht. Wenn aber immer wieder von den angehenden bürgerlichen Vorkämpfern Eroberungsgelüste gepeibet werden, so gewinnt uns das, im Namen der von uns vertretenen schaffenden Volksschichten ebenso klar und deutlich zu verlangen: Keine Annexionen!

„Die Sache der Freiheit.“

Wir geben gern die Ausführungen wieder, die der Vorkämpfer über die Wendung des Reichskanzlers machte: „daß die Sache der Freiheit der europäischen Völker und Staaten dem deutschen Schwerte zur Wahrung übertragen ist“. Die konsequente Konsequenz müßte aber die Unberücksichtigung der europäischen Staaten nicht anerkennen, sondern schreiben:

„Anwachen macht der Vorkämpfer den Versuch, aus der Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland aus England die Freiheit der europäischen Völker und Staaten zu führen habe, die Folgerung abzuleiten, daß wir bei einem Friedensschluß sowohl Frankreich wie Belgien in eine gleiche Lage bringen müßten. Denn man könne nicht die Sache der Freiheit führen und gleichzeitig in einem nationalen Volksteile anerkennen. Wir halten uns auch für verpflichtet, rechtzeitig gegen diese Auslegung Widerspruch zu erheben. Vor allem werden wir unsere eigene Freiheit vor neuer Verdrängung zu schützen haben. Das aber geschieht am wirksamsten, indem wir uns gegen Frankreich wie gegen England die militärisch zweckmäßigste Grenze schaffen. Die dem Geßinnungspunkte müssen alle anderen Möglichkeiten sich unterordnen. Sollten zur diesem Zwecke umfangreiche Erwerbungen fremdnationalen Charakters nötig sein, so werden auch wir, schon um den Charakter des Deutschen Reiches als Nationalstaat nicht zu beeinträchtigen, für eine solche Form der Annexionen die Möglichkeit sein, bei der eine größere Berücksichtigung auf das nationale Eigenleben möglich bliebe. Aber das fürb Sorgen zweiten Ranges. Entscheidend bleibt, daß wir die volle militärische Sicherung erziehen, auf die unser Volk nach so gewaltigen Opfern einen gegründeten Anspruch hat.“

„An wacklerer und wirksamer Weise vermerkt der Vorkämpfer hierzu: Die Kreuzzeitung sucht hier den Worten des Kanzlers eine Deutung zu geben, die wir nicht verstehen und anerkennen können.“

Parteien und Nationalitäten.

In einer Reihe von Blättern findet man das folgende Stimmungs bild aus Norddeutschland:

„Das eine neue Zeit angebrochen ist, tritt ganz besonders in der Presse der Nordmark auf, die dorthin eine so stark ausgeprägte deutschgerichte Stellung einnimmt. Sie hat sich mit den Verhältnissen völlig ausgelebt. Die „Reimbold“ des bürgerlichen Reichstagsabgeordneten Hansen spricht vornehmlich von untern Erfolgen, untern Siegen. Kaiser Wilhelm ist nicht mehr der Deutsche Kaiser, sondern der Kaiser und seine Gemahlin die Kaiserin. — Anfangs gebordete die Dampferprobe wohl der Not, aber mit jedem Tage wird ihr Ton wärmer. Laufende bürgerliche Norddeutsche, darunter der Landtagsabgeordnete für Sonderburg-Verdrade, Volkebilder Pfaffen (Wien), haben im Herbst die Kreuzzeitung für die Stimmung in diesem unfrüher mehr fremdbildig gefundnen Teil des Reichsgebietes. Möge es immer so bleiben.“

Diese Anerkennung der Solidarität der dänischen Norddeutscher ist ja recht schön. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Kreise des „Deutschen Vereins“ in Schleswig-Holstein nach wie vor gegen die dänischen Mitbürger und ihre Presse heftig. Ihre Arbeit ist es wohl auch zu danken, daß nicht nur ein Teil der Beginn des Krieges verhaltenen dänisch geimnten Verleumdungen noch heute ohne begründeten Verdacht selbgehalten werden, sondern daß das meitere noch in der letzten Tagen eine ganze Anzahl neuer Verhärthungen vorgenommen worden sind. Es wäre die höchste Zeit, das Wort Wilhelms II.: „Ich fenne keine Parteien mehr“ auch auf die fremdbürgerlichen Nationalitäten zu erwidern, ihnen die ihre Pflicht tun, das gleiche Recht wie den übrigen Deutschen auszuüben und gegen diejenigen deutschen Zeitungen, die Nationalitäten treiben, die gleichen Mittel anzuwenden, mit denen man Auseinandersetzungen parteipolitischer Natur so energig entgegentritt.

Der Zarismus ist der Feind!

Der frühere deutsche Vorkämpfer in Rom, Graf A. von Monts, der sehr zum Gebahren der Deutschen Zurücksetzung vor kurzem im Berliner Tageblatt angedeutet hat, daß Deutschland gegen Frankreich und England seinen Bemühen zu führen habe, so ruft er so oder so in der Weltanschauung schließlich wieder zu einer Vorkämpferung gelangen müßte, verbreitet sich jetzt an derselben Stelle über den russischen Feind: Er gelangt zu folgendem Schluß:

„Mit untern westlichen Vorkämpfern (Frankreich, England) werden wir uns schließlich als Bewohner desselben Hauses, als Europäer, anerkennen. Aber mit Rußland, in der Staatsform der absoluten Despotie, ist ein Ausgleich gatterdings unmöglich. Weder bei uns, noch bei untern Allierten (Oesterreich) besteht ein Geh gegen das arme unterjochte Volk, wir müssen uns indes fügen, daß nur allein die Millionen seiner Krieger die Basis bilden für das schändliche Treiben der jetztigen Mächte. Wenn die Russen selbst sich nicht dieigen Volkserreuer entledigen können, so müssen wir das mit Waff und Tränen aufzunehmende zartliche Regime umstürzen, damit untern Söhne und Nachkommen nicht ähnlich schmerzbares durchzukämpfen haben, wie die jetzige Generation.“

Wir freuen uns natürlich, daß dieses Verhältnis für das wahre Wesen des Zarismus und die Unmöglichkeit seiner Weltbehauptung, das nach vor einem Vierteljahr ausschließlich in der Sozialdemokratie eine Heimstätte hatte, nun auch von Seiten geteilt wird, die, wie der Graf A. von Monts, auf hervorragenden diplomatischen Posten Gelegenheit hatten, Welt und Menschen kennen zu lernen.

Die englische Arbeiterkraft und der Krieg.

Nord Rittersher hat bekanntlich an alle Parteien die Aufforderung gerichtet, ihn bei der weiteren Refurierung zu unterstützen. Auch an die Erhebung der nationalen Arbeiterpartei hat die Regierung sich gewandt. Diese hat in zumutendem Sinne geantwortet und ihre Mitglieder Arthur Henderson, Beverley und Goldstone als Sprecher für die geplanten Verfammlungen ernannt. Es hat sich nun ein parlamentarischer Komitee gebildet, bestehend aus Führern der verschiedenen Parteien. Ein der Präsidenten ist Henderson, im Komitee sind weitere drei Arbeiterabgeordnete vertreten.

Der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.), der ebenfalls in der Erhebung der Arbeiterpartei durch einige Mitglieder vertreten ist, hat sich gegen diesen Beschluß ausgesprochen. Er hat seine Haltung in einem Manifest begründet. Es heißt darin u. a.:

„An den Großhänden werden zuerst Demonstrationen veranstaltet, in denen Mitglieder aller Parteien teilnehmen. Die lokalen Arbeiterorganisationen sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Nach der Wähl der Regierung soll in diesen Verfammlungen, die Veredlichkeit unserer Sache“ klar gemacht werden. Der Nationalrat der I. L. P. hat in einer besonderen Konferenz hierzu Stellung genommen und empfiehlt den Zweigvereinen, an dieser Aktion nicht teilzunehmen. Wenn den Arbeitern in der gegenwärtigen Lage Paritätsfälle zu erteilen sind, dann wollen wir das, getreu dem Charakter und der Tradition unserer Bewegung, von untern eigenen Standpunkt aus tun. Wir lehnen es ab, dies in Gemeinschaft mit den Militaristen und den Feinden der Arbeit zu tun, die höchst die Gefahr zu nützen werden, um ihre Politik, die jetzt zum Brüche geführt hat, zu rechtfertigen.“

Die Politik, die die nationale Sicherheit zu fowen, ist in erster Linie Sache der Regierung. Wir protestieren gegen den Versuch, die Leute dadurch zu Soldaten zu pressen, daß man ihnen die Hilfsmittel entzieht, mit Entschädigung bezahlt und verglichen. Das ist eine feine unwürdige Handlungsweise. So sehr wir das unberühmte militärische System bekämpfen, so ist dieses doch weniger zu verurteilen, als das allgemeine Raufen und Morden der jungen Leute, das Breßen zum Militärdienst, wie das jetzt bei uns geschieht.“

Das parlamentarische Komitee der Trade Unions hat an die Nationalität eine Konferenz, die sich über die Mitglieder der Gewerkschaften, besonders an die Funktionäre, einen

Anzeigengebühr
betragt für die 6spaltige Monatszeile od. deren Raum 40 Pf., ausserdem 2 Pf. je nach 20 Pf., Anzeigen unter dem Textstil die Seite 75 Pf.

Anzeigen
für die 6spaltige Nummer müssen spätestens bis vor- mittags 9 1/2 Uhr in der Geschäftsstunde eingekommen sein.

Hauptgeschäftsstelle:
Halle 44/45, Fernsprecher 1047
Besitzer: Hermann Schumacher
Verleger: Hermann Schumacher
Druck: 7 1/2 Uhr früh.

er-
som
9/6,
fig.
9/6
den.
men
zu
der
erst
be-
Ber-
heit
Rot
im-
von
befr,
ein
über
und,
der
elen
läßt
verr
(ien),
der
ist,
lch,
igen
in -
kann
poh
weg
nach
W.
so
t zu
u, u
über,
brige
den,
lat,
stap-
höbe
soll
eil ge
sich
gend
er ist
ie,
leben,
mand
u, die
zu che
ne. Ein
wede
leim-
um-
ber-
stän-
den
den
den,
den
über,
alten,
aufst
über,
n mit
refla-
griger
hier
sich
u, u
Ob
indet
unden
rufen
laser-
die
Anabe
reien,
Harc
den
man
ne
neben
s,
über
den
stän-
ent-
Wach-
n or-
namt
at.
n die
it be-
Kraft.
vennt;
Aale
Wach-

